**Deutscher Bundestag**
**10. Wahlperiode**

**Drucksache 10/3007**

13. 03. 85

Sachgebiet 780

# Entschließungsantrag

## der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

## zur Beratung des Agrarberichts 1985 der Bundesregierung — Drucksachen 10/2850, 10/2851 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß
   - — sich die Einkommenssituation der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1983/84 erheblich verschlechtert hat und der Abstand zur Einkommensentwicklung im außerlandwirtschaftlichen Bereich weiter gewachsen ist,
   - — die deutsche Landwirtschaft beim Vergleich der Einkommen pro Familienarbeitskraft an drittletzter Stelle in der Europäischen Gemeinschaft steht.
2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß
   - — die Bundesregierung in den beiden letzten Jahren wichtige Maßnahmen zur Stabilisierung der Agrarmärkte ergriffen hat,
   - — die Bundesregierung die mit der notwendigen Anpassung der Agrarpolitik verbundenen Belastungen der Landwirtschaft durch den 5 %igen Einkommensausgleich über die Mehrwertsteuer deutlich gemildert hat,
   - — die Bundesregierung eine Reihe wirksamer Maßnahmen im agrarstrukturellen und agrarsozialen Bereich zugunsten einkommensschwacher Betriebe ergriffen und eingeleitet hat,
   - — mit der Einführung einer absoluten Obergrenze beim Einkommensausgleich über die Mehrwertsteuer ein erster Schritt zur Verhinderung unerwünschter Konzentrationen in der Veredlung getan wurde.
3. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß
   - — auf dem Wege der Marktstabilisierung fortzufahren ist und die knappen Marktkapazitäten dem bäuerlichen Familienbetrieb gesichert werden müssen,
   - — die Einkommenssituation der deutschen Landwirtschaft und die Voraussetzungen für die Vermögenserhaltung zu verbessern sind,
   - — die soziale Sicherung der Landwirtschaft weiter ausgebaut und eine gezielte Kostenentlastung zugunsten einkommensschwacher Betriebe weiter angestrebt werden muß,
   - — das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Umwelt zu erhalten ist.

4. Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung,
   - bei den diesjährigen Preisverhandlungen die Einkommenssituation der deutschen Landwirtschaft zu berücksichtigen und mit Nachdruck gegen den Abbau des positiven deutschen Währungsausgleichs sowie gegen eine weitere Kürzung der Milchgarantiemengen im kommenden Wirtschaftsjahr einzutreten,
   - in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft auf einen wirksamen Schutz der Milcherzeuger vor Imitationsprodukten hinzuwirken und für ein Herstellungs- und Vermarktungsverbot dieser Produkte einzutreten,
   - in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft für ein EG-weites Verbot von künstlichen und natürlichen Hormonen in der tierischen Erzeugung einzutreten,
   - bei den Brüsseler Verhandlungen über die künftige Agrarstrukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft für eine Aussetzung der Förderung beim Bau von Mastschweineställen einzutreten und auf eine stärkere Regionalisierung sowie einen größeren nationalen Gestaltungsspielraum in der Agrarstrukturpolitik hinzuwirken,
   - die Forschungsaktivitäten im Bereich nachwachsender Rohstoffe stärker zu koordinieren und auszuweiten,
   - dafür einzutreten, daß landwirtschaftliche Betriebe für umweltschutzbedingte Bewirtschaftungsbeschränkungen einen angemessenen Ausgleich erhalten, so daß sie nicht schlechter gestellt werden als vergleichbare Betriebe ohne diese Beschränkungen,
   - für eine Ausweitung der Förderungsmöglichkeiten für benachteiligte Gebiete einzutreten,
   - darüber zu berichten, wie und zu welchen Kosten ein EG-weites Flächenstillegungsprogramm bei Überschußprodukten eingeführt werden kann,
   - es den Landwirten zur Erleichterung des Strukturwandels bereits vor Erreichen des 65. Lebensjahres zu ermöglichen, die Leistungen der Altershilfe für Landwirte in Anspruch zu nehmen und ihren Betrieb vorzeitig abzugeben,
   - die Bundeszuschüsse zur Altershilfe für Landwirte ab 1986 von 75 % auf 79 % anzuheben und die zusätzlichen Mittel zur Beitragsentlastung einkommensschwacher Betriebe zu verwenden,
   - steuerliche Entlastung zugunsten der kleinen und mittleren land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Zusammenhang mit Grundstücksentnahmen und -veräußerungen insbesondere zur Abfindung weichender Erben und zur Schuldentilgung sowie im Rahmen der Neuordnung der steuerlichen Förderung des Wohnungseigentums die Vermeidung von steuerlichen Nachteilen der Land- und Forstwirte zu prüfen.

Bonn, den 13. März 1985

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion**
**Mischnick und Fraktion**

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333